



Die Zeitung erscheint täglich Vormittags um 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.

Pränumerationspreis pro Quartal 1 Tblr. 5 Sgr. — Für Auswärtige 1 Tblr. 11/4 Sgr. — Expedition: Krautmarkt 1053.

No. 17.

Freitag, den 21. Januar.

1853

Berlin, vom 21. Januar.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Gefreiten Schubert des 2ten Husaren-Regiments (2ten Leib-Husaren-Regiments) das Allgemeine Ehrenzeichen; und dem Legations-Secretair Freiherrn Adalbert von Rosenberg die Kammerherrn-Würde zu verleihen; den Regierungsrath und Schulrath Saeger, Direktor der Taubstummen-Anstalt in Berlin, neben seinen gegenwärtigen Amtsverhältnissen, zum General-Inspektor des Taubstummenwesens mit dem Range eines Raths dritter Klasse; so wie den bisherigen Staats-Anwalt Morgenbesser zu Insterburg zum Direktor des Kreisgerichts zu Johannisburg zu ernennen.

Deutschland.

Berlin, 20. Januar. Der Minister des Innern, Herr von Westphalen, ist krank und konnte auch deshalb heute nicht seine Vorlagen in der Kammer in eigener Person vertreten. In derselben wird übrigens nun nächstens der Wald-bott-Bornheimische Antrag in einer Plenarsitzung verhandelt werden. Die Kommission hat mit 13 gegen 3 Stimmen sich entschieden, ihr Gutachten dahin zu stellen, daß derselbe einfach zurückgewiesen werde. Ob die Kammer diesem Folge leisten wird, steht freilich dahin; die Fraktion Bethmann-Hollweg, welche in der Kommission durch Mathis vertreten war, wird für motivirte Tagesordnung stimmen, und wenn, wie behauptet wird, die Linke mit der katbolischen Fraktion in Transaktionen sich eingelassen hat, so möchte allerdings in der Plenarsitzung ein anderes Resultat erzielt werden, als man in den Kommissions-Sitzungen erreichte. — Die Etats sind sämtlich fertig und bereits vom Präsidium der zweiten Kammer entgegengenommen und den Kommissionen zur Berathung übergeben. Die Soiree, welche am Dienstage wie gewöhnlich beim Ministerpräsidenten stattfand, war überaus glänzend und zahlreich besucht. Uns interessirt weniger die Mittheilung, daß der König und sämtliche Prinzen mit Ausnahme des Prinzen Karl anwesend waren, als vielmehr die, daß alle politischen Parteien ihre Vertreter und ihre hervorragendsten Persönlichkeiten dort hatten, was die Kreuzzeitung, die fortwährend behauptet, daß Hr. von Manteuffel ganz isolirt und auf keine Partei sich stützend dastände, mit besonderer Genugthuung erfüllen muß. — Weniger interessant als zuverlässig ist noch diese letzte Notiz, daß heute königliche Jagd in Rudersdorf ist.

Berlin, 19. Januar. Gestern hatte der Abgeordnete v. Kleist-Tschow sämtliche Pommern beider Kammern zu gemeinschaftlichen Besprechungen über materielle Interessen unserer Provinz, welche in der nächsten Zeit in den Kammern zur Sprache kommen würden, im „Englischen Hause“ hier selbst versammelt. — Es fehlten nur 2 bis 3 der pommerschen Abgeordneten und hatte sich auch anfänglich der Oberpräsident v. Senff-Pilsach eingefunden, der jedoch bald wieder die gemeinschaftlichen Besprechung bildete die Grundsteuer-Frage. Ohne Ausnahme sprachen sämtliche Anwesende ihre Antipathien gegen dies neue intendirte Gesetz aus, welches mit dem emigrierten Streben der Gleichmacher gerade eben die frassensten Ungleichheiten hervor rufen werde und mehr auf dem Boden der Revolution wurzele, als das — salva venia — Jagd-Gesetz von 1848. — In die Einzelheiten der Debatten einzugehen, würde zu weit führen, nur will ich noch einige interessante Punkte aus derselben hervorheben. — Zur Einschätzung der Grundsteuer waren die hierzu bestimmten Kommissionen, bei der Kürze der Zeit, oft gezwungen, an einem Tage 3-4 Güter von 1000 bis 4000 M. M. Größe und mehr abzuschätzen. Es blieb ihnen zum Theil daher nichts weiter übrig, als auf den höchsten Punkt — oder Berg zu gehen, und mit einem recht guten Fernglafe die Gegend zu konstatiren. Hieraus kann man die Gründlichkeit der Vorarbeiten beurtheilen! — Bei der Entschädigungsfrage soll (nach der Vorlage) da billigere Rücksicht genommen werden, wo die Steuerfreiheit auf gerichtliche Verträge als auf älteren Verleihungs-Urkunden beruht, und ein höherer Entschädigungsfuß gezahlt werden!! — Also die gerichtlichen Verträge werden höher gestellt, als — das unverbrüchlich gegebene und verbrieft Wort des Königs. Endlich wurde noch erwähnt, daß die Städte und namentlich die kleineren, vorzugsweise schlecht bei dem neuen Grundsteuergesetze fortkommen würden, nicht allein, daß ihnen eine noch ungeachtete Grundsteuer aufgelegt werden dürfte, sondern daß den hiedurch betroffenen Hausbesitzern nicht einmal die bestimmte Entschädigung gegeben, vielmehr zu Gemeindezwecken bestimmt werden sollte.

Die nächste Konferenz ist noch nicht bestimmt. Es werden in derselben die Interessen der Provinz Pommern in Bezug auf Eisenbahn- und Chaussee-Bauten besprochen werden. So eben ist die telegraphische Depesche angekommen, daß in Paris die Course um 2 pCt. gewichen seien, in Folge einer Verbindung Louis Napoleons mit einer sehr reichen spanischen Dame (Montigo) zur linken Hand.

Der Minister des Innern hat den den Provinzial-

Landtagen vorgelegten Entwurf einer Kreisordnung zum Gebrauch für die vorbereitenden Arbeiten der Kammer-Ausschüsse besonders abdrucken und jedem Paragraphen die Vota der einzelnen Provinzial-Landtage im Auszuge beifügen lassen.

Seine Majestät der König haben die Statuten der sämtlichen Provinzial-Hülfskassen, mit Ausnahme der von Schlesien, bereits bestätigt.

Vorgestern war beim Ministerpräsidenten, wie schon gemeldet, eine Soiree. Sie war von allen, die bisher in diesem Winter stattfanden, durch Stellung und Bedeutsamkeit der Personen, welche in ihr sehr zahlreich erschienen, die glänzendste. Se. Maj. der König, der vorher mit J. M. der Königin der Auf-führung des „Freischütz“ im Opernhause beigewohnt, erschien sogleich nach Beendigung der Vorstellung, und zwar um 9 1/2 Uhr. Ferner besuchten die Soiree J. K. H. die Prinzen Albrecht, Friedrich Wilhelm, Friedrich, Georg und Adalbert, sämtliche auswärtige Gesandten, mit Ausnahme des Grafen Thun, der durch Trauerücksichten sich ferngehalten hatte, die kgl. und prin-zlichen Hofstaaten. Nicht minder zahlreich waren die Notabilitäten der Künste und Wissenschaften in allen bedeutenden Persönlichkeiten vertreten; Männer der verschiedenartigsten politischen Anschauungen fanden sich hier zusammen. Auch der Gr. Scherwin, der Ober-Präsident von Kleist-Regow, der Gen.-Lieut. v. Radowiz und zahlreiche Mitglieder beider Kammern, den verschiedensten Farben angehörig, einigten sich in den geselligen Räumen des Hrn. v. Manteuffel, so daß diese Soiree als eine erfreuliche Erscheinung betrachtet werden kann. Se. Maj. der König verweilte bis 11 Uhr; die Gesellschaft trennte sich um 1 Uhr, und die kgl. Prinzen waren unter den Letzten.

Die Beschwerde des Elbinger Magistrats über angeblich verfassungswidrige Maßregel der Regierung zu Danzig ist von der Petitions-Kommission der ersten Kammer zurückgewiesen worden. Auf eine Erörterung der Beschwerde hat sich die Kommission gar nicht eingelassen, weil dieselbe eigentlich nicht an die Kammer gerichtet, sondern dieser nur eine Abschrift der an das Staats-Ministerium gerichteten Beschwerde mitgetheilt ist. — Beschwerden protestantischer Synoden in der Rheinprovinz und in Westphalen über Verlust der Steuerfreiheit der Geistlichen und über die Nachteile, welche dieselben angeblich durch die Abfindungen erleiden, sind dem Kultusministerium empfohlen worden. — Eine schon im Jahre 1850 von den Kam-mern dem Handelsministerium überwiesene Petition des Magistrats zu Demmin, welche eine Eisenbahnverbindung zwischen Stralsund und Berlin wünscht und für dieselbe die Richtung über Neustrelitz, Treptow und Demmin empfiehlt, konnte, da sie schon zur Kenntniß des Handelsministeriums gelangt ist, nicht von Neuem empfohlen werden.

Königsberg, 17. Januar. Seit 8 Tagen befindet sich wieder ein Aposfel der Irvingianer hier und haben dieselben bereits zwei Versammlungen in einem Privatlokale gehalten, die jedoch polizeilich überwacht worden sind. — Morgen, am Krönungstage giebt der Theaterdirektor Woltersdorff eine Theater-Vorstellung, deren halber Ertrag dem Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Veteranen überwiesen werden wird. (Pr. 3.)

Striegau, 16. Januar. Die hiesige „christkatholische Gemeinde“ ist seit mehr als einem halben Jahre verhindert, irgend eine gottesdienstliche Versammlung zu halten. Aus sicherer Quelle erfährt die „N. D. Z.“, daß diese Gemeinde am 3. v. Mts. nach Vorschrift des Patents zur Bildung neuer Religions-Gesellschaften vom 30. März 1847 ihren Austritt aus den alten Kirchen auf unserem Kreisgericht angemeldet hat.

Kassel, 17. Januar. Als vor einigen Wochen den ministeriellen Wünschen und Vorschlägen entgegen Herr von Bischoffshausen zum vortragenden Rathe im geheimen Kabinete des Kurfürsten bestellt wurde, erblickte man darin allgemein eine Kriegserklärung gegen das gegenwärtige Gouvernement. Seit vorgestern ist nun der Herr von Bischoffshausen wieder entlassen, und das wird als ein vollkommener Sieg des Ministeriums dargestellt werden. Aber was der Niederlage fehlte, um eine solche in Wirklichkeit zu sein, das fehlt jetzt auch dem Siege, um als solcher zu gelten. Es bleibt der höchste Wille der entscheidende, und die Wirksamkeit der gegenwärtigen Lage, die zur Manifestation jenes Willens führte, die alte. Ob und wie viel das Erwärmen und Erkalten des Einvernehmens zwischen den deutschen Großmächten, der heißspornige Eifer, mit dem schon eine neue Ministerliste im Umlauf gesetzt und in Blättern, die an hoher Stelle gelesen werden, gebracht wurde, und andere Ursachen auf den doppelten Wechsel eingewirkt haben mögen, wer weiß es? Das ist auch ziemlich gleichgültig. Die Nothwendigkeit der Sachen bricht sich am Ende doch Bahn, und um so leichter, je verschwindender die Nothwendigkeit der Personen wird. Man bezeichnet einen Herrn v. Trost, einen Legationssekretär, als zum Referenten im geheimen Kabinete berufen. Ob ihm die Kenntniß für die inneren Staats-Angelegenheiten so zur Seite steht, wie seinem Vorgänger, der erst bei den Gerichten sich emporgearbeitet, dann in der Verwaltung gebient hat, ist noch die Frage. Aber das ist gewiß, daß

die Gunst des Augenblicks benützt werden wird, eine Anzahl von Vorlagen, die bisher beharrlich beanstandet worden sind, nun an hoher Stelle durchzubringen. (Nat.-Ztg.)

Frankfurt a. M., 17. Januar. Der Oberst v. Wangenheim, welcher bisher Vorsitzender der Marine-Abtheilung war, wird sich in den nächsten Tagen nach Berlin zurückbegeben. Wie man vernimmt, hat der Bundestag beschlossen, demselben seine Anerkennung und seinen Dank für die von ihm in seiner bisherigen Stellung bewiesene Thätigkeit auszusprechen.

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Januar. „Dagbladet“ von heute berichtet, daß eine Note von dem deutschen Bundestage an die dänische Regierung eingegangen sei, worin eine Erhöhung des holstein-lauenburgischen Bundeskontingents in Uebereinstimmung mit einem vom Bundestage angenommenen, eine Vermehrung des deutschen Bundesheeres betreffenden Beschlusses verlangt werde. Der Kriegsminister soll, wie „Dagbladet“ ferner wissen will, sich ganz entschieden gegen dieses Verlangen des Bundestages ausgesprochen und erklärt haben, im Falle der Gewährung dieses Verlangens seitens der dänischen Regierung sein Portefeuille niederlegen zu wollen, während die beiden Minister für Holstein und Schleswig sich für das Erfüllen des Verlangens des Bundes ausgesprochen haben sollen.

Der hiesige königlich preussische Legationssekretär Herr Freiherr v. Rechenberg, der gestern, wie gemeldet, mit dem Dampfschiff „Alfo“ von hier über Kiel nach Berlin abreiste, ist Ueberbringer der für den Herzog von Augustenburg von der dänischen Regierung in Folge des mit demselben getroffenen Arrangements wegen seiner Güter ausgestellten Obligationen.

Frankreich.

Paris, 17. Januar. Die Vorlage des Budget für das Jahr 1854 im Staatsrath ist die wichtigste Tagesfrage; man prüft jetzt die Bestimmungen der kaiserlichen Konstitution und gelangt zu der peinlichen Ueberzeugung, daß die Befugnisse des legislativen Körpers im Budgetwesen bis zur Nichtigkeit eingeschränkt wurden. Sein Recht der Ueberwachung des Staatshaushaltes ist in der That illusorisch, es ist jetzt der Staatsrath, der über die Staatsfinanzen maßgebend aburtheilt. Das dem Staatsrath durch die neue Verfassung übertragene Recht, die nach Ministerien durch die Kammer bewilligten Kredite in der theilweisen Verwendung umzuändern, war bis jetzt nicht gehörig gewürdigt und doch ist es eine Frage von unberechenbaren Folgen. Es kann der Fall eintreten, daß die Kammer die angegebene Vertheilung der Fonds für ein Ministerium billigt, aber Anlaß nehmen würde, seine Verwendung ausschließlich für diesen oder jenen Gegenstand zu genehmigen. Wenn z. B. der Minister der öffentlichen Bauten die für Eisenbahnen bestimmten Fonds zur Unterstützung der zu bildenden transatlantischen Paquetboots-Gesellschaft verwendet, so ist der ursprüngliche Zweck verfehlt. In solcher Gestalt können die Landesvertreter über die Verwendung der bewilligten Gelder nie ruhig sein und die Regierung braucht nur dem Staatsrath die Umwälzung der ursprünglichen Budgetvorlage vorzuschlagen, um legal und willkürlich über die Staatsfonds zu verfügen. Der Staatsrath wird immer das beschließen, was die Regierung verlangt, und es ist sonach der Kaiser, dessen Wille über das Ausgabebudget entscheidet. In solcher Lage ist es begreiflich, daß manche Deputirte die Verantwortlichkeit ihrer Stellung nicht werden übernehmen wollen und Entlassungen einreichen werden. Ein dahin lautendes Gerücht erhält immer mehr Konsistenz und es dürfte nicht Wunder nehmen, wenn Montalembert und sein Anhang zu diesem Entschlusse sich bestimmt finden sollte. Andererseits erfüllt die wenig günstige Gestalt der Budgetvorlage für das Jahr 1854 den Staatsrath mit Besorgniß, und es giebt viele Staatsräthe, die vor der Verantwortlichkeit, die auf ihnen, als den ausschließlichen Reglern des Finanzwesens im Staate, lastet, zurücktreten. Es ist sonach die Schwierigkeit der Budgetverhandlung im Staatsrath nicht zu übersehen. Die Vorlage des Ausgabebudgets ist bereits gedruckt und unter die Staatsräthe vertheilt; die des Einnahmebudgets wird morgen erfolgen. Die Ausgaben sind, gegen die des laufenden Jahres gehalten, um 57 Millionen vermehrt, und zwar war das Ausgabebudget für 1853 mit 1386 Millionen, jenes für 1854 ist mit 1443 Millionen veranschlagt. Die Vermehrung der Ausgaben betrifft, namentlich die Ministerien der Finanzen und der öffentlichen Bauten. Für die Eisenbahnbauten ist die Summe von 30 Millionen ausgesetzt, die Ewiltiste, die Dotation der kaiserlichen Familie und die des Senats beträgt 35 Mill. Die Ausstattung des Senats abgerechnet seinen Administrationsaufwand, beträgt 4,980,000 Fr. Die Ausgaben des Polizeiministeriums sind gegen die des laufenden Jahres, das 4 Mill. beträgt, um 1/2 vermehrt. Die Verminderung der Ausgaben ist eigentlich nur in dem Budget des Kriegsministeriums ersichtlich und wird mit 9 Mill. angegeben. Die Einnahme,

